
SPANIEN: LAND DER HALBEN ENTWICKLUNGEN

Rezension von: Walther L. Bernecker,
Sozialgeschichte Spaniens im 19. und
20. Jahrhundert, Suhrkamp Verlag,
Frankfurt/Main 1990, 377 Seiten,
DM 18,-

Die Studie des Schweizer Historikers Bernecker über den Weg Spaniens in die Moderne umfaßt den Zeitraum zwischen den zaghaften Reformansätzen des aufgeklärten Absolutismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und dem dynamischen Reformismus der nachfranquistischen Ära. Schwerpunkte der Strukturanalyse sind das alles andere überschattende Agrarproblem, das Scheitern einer „bürgerlichen Revolution“ im 19. Jahrhundert, die Machtbehauptung durch die traditionelle Oligarchie bis 1931, die Rolle von Kirche und Militär sowie die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Das Spanien des ausgehenden 18. Jahrhunderts war eine fast rein agrarische Gesellschaft. Die politische und wirtschaftliche Macht im Ancien Régime lag in den Händen der Krone, der Kirche und der Großgrundbesitzer. Latifundien in königlichem, klerikalem oder adeligem Besitz umfaßten rund zwei Drittel des bebaubaren Bodens. Eine kluge Reform neutralisierte das schwache, vorwiegend katalanische Bürgertum: Die Liberalisierung des Kolonialhandels eröffnete dem Handelsbürgertum eine „erstklassige Bereicherungsmöglichkeit“ und verringerte dessen Interesse an anti-feudalen Reformen.

Die turbulente Zeit des Unabhängigkeitskrieges gegen die französi-

schen Besatzer (1808–14) überstanden die traditionellen Eliten letztlich weitgehend unbeschadet. König Ferdinand VII., der nach 1823 erneut als absoluter Herrscher regierte, hob nahezu alle liberalen Reformen aus der Ära der revolutionären Juntas während des Krieges und aus dem konstitutionellen Triennium (1820–23) wieder auf.

Nach dem Tode Ferdinands (1833) gingen Großgrundbesitzer und gemäßigte Liberale im Zeichen von agrarischen Unruhen und dem Karlistenkrieg ein Bündnis ein. Das Bürgertum unterstützte nach dem Verlust der Kolonialmärkte die Liberalen in deren Streben nach einer Reform der überkommenen Agrarstruktur. Die Säkularisation von 1837 hatte die Nationalisierung und Versteigerung von riesigen Ländereien der Kirche zur Folge. Die Eigentumsrechte der Großgrundbesitzer blieben unangetastet. Gemeinsam mit dem Großbürgertum zählten die Latifundisten zu den Nutznießern der Säkularisation. Mit der Beseitigung der Hemmnisse für den freien Grundverkehr fiel zwar die feudale Grundherrschaft, die existierende Eigentumsstruktur in der Landwirtschaft spitzte sich jedoch sogar zu. Die grundbesitzende Schicht erweiterte sich um Teile des Großbürgertums, die Entwicklung eines breiten Bauernstandes unterblieb, die Lage der Landarbeiter verschlechterte sich, da sie mit der Versteigerung des Kommunallandes eine wichtige Subsistenzquelle verloren. Die liberale Agrarreform konsolidierte somit die Machtposition der Großgrundbesitzer und legte gleichzeitig die Grundlagen für die Entstehung des Agraranarchismus.

Zwischen 1868 und 1874 scheiterte der Versuch einer demokratischen Revolution. Angesichts der erstarkenden Arbeiterbewegung (Anarchisten, Sozialisten) war das Bürgertum mehr an der Erhaltung des Status quo als an demokratischen Experimenten interessiert. Die Landarbeiter wandten

sich mehrheitlich von der traditionellen Politik ab und der anarchistischen Aufstandsbewegung zu.

In der folgenden Epoche der Restaurationsmonarchie lösten einander zwei Fraktionen der Oligarchie (Konservative: Adel, Großgrundbesitzer; Teile des Bürgertums; Liberale: Handels- und Industriebürgertum; Militärs) regelmäßig durch ein ausgeklügeltes Manipulationssystem in der Regierung ab. Ein überaus restriktives Zensuswahlrecht schränkte den Einfluß von Republikanern und Sozialisten wesentlich ein.

Spanien blieb auch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine ganz überwiegend agrarische Gesellschaft: noch in den 1880er Jahren waren mehr als siebzig Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Die Industrialisierung beschränkte sich auf drei periphere Regionen. Die traditionsreiche katalanische Textilindustrie durchlief eine weitere Wachstumsphase. Der Bergbau Asturiens und in der Folge die dortige Metallindustrie profitierten vom massiven Einstrom ausländischen Kapitals ab 1868. Um die Jahrhundertwende entstand im Eisenerzgebiet der baskischen Provinz Vizcaya eine moderne Stahlindustrie. Das Baskenland stieg damit zur führenden Industrieregion Spaniens auf.

Die Krise des Restaurationssystems begann mit dem Verlust der Kolonien (Kuba, Philippinen) im Jahre 1898. Die ideologische Hegemonie der Oligarchie zerbrach. Die zunehmende Zersplitterung der politischen Parteien verhinderte stabile Regierungen. Zwischen 1898 und 1923 lösten einander in rascher Folge nicht weniger als 44 Kabinette ab.

In den innerpolitischen Konflikten über den Kolonialkrieg in Marokko wurde die wachsende Polarisierung der Gesellschaft manifestiert. Die Arbeiter brachten kein Verständnis dafür auf, daß sie für die imperialistischen Abenteuer unfähiger Militärs den Kopf hinhalten sollten. Der aus

diesem Grund ausgerufene Generalstreik im Juli 1909 eskalierte zu einem bewaffneten Aufstand, den das Militär brutal niederschlug („Tragische Woche“).

Das Militär als Bollwerk der Oligarchie gegen die radikalisierte Arbeiterbewegung und die neu entstandenen nationalistischen Strömungen in Katalonien und im Baskenland schob sich immer mehr in den Mittelpunkt. Durch das mehrfache Nachgeben gegenüber Ultimaten des Offizierskorps ordnete sich die Zivilregierung de facto dem Militär unter. In der Staatskrise der Jahre 1917 bis 1923 brach das konstitutionelle Restaurationssystem zusammen. Die Krone gab ihre Zurückhaltung bei der Ausübung ihrer Vorrechte auf. König Alfons XIII. wandte sich von den politisch gelähmten bürgerlichen Parteien ab und setzte Militärs an die Spitze von Übergangsregierungen.

Der Putsch von Primo de Rivera 1923 war die logische Konsequenz der vom Militär errungenen Autonomie und des Versagens der zivilen Politiker bei der Lösung der Staatskrise und der Eindämmung der sozialen Konflikte (Bürgerkrieg in Katalonien, Agraraufstände in Andalusien).

Auch Primo de Riveras Experiment einer „autoritären Modernisierung“ des Landes unter Erhaltung der Privilegien der Oligarchie scheiterte. Die Hoffnungen des liberalen Bürgertums und des sozialistischen Flügels der Arbeiterbewegung auf durchgreifende Reformen wurden enttäuscht. In den Gemeindewahlen des Jahre 1931 errang das Bündnis aus Republikanern, Sozialisten und linken Katalanen die Mehrheit. Mit der Ausrufung der Zweiten Republik begann der Versuch, die überkommenen politischen und sozio-ökonomischen Strukturen grundlegend zu ändern. Das Ende ist bekannt.

Bis zu Francos Tod (1975) blieb Spanien ein „Land der halben Entwicklungen“. In keiner der vorhergegangenen Epochen stimmten der politische

und der sozio-ökonomische Entwicklungsstand überein. Das Spanien der Zweiten Republik charakterisiert Bernecker als politisch modern mit wirtschaftlich rückständiger Struktur. In der Endphase der franquistischen Diktatur waren die Vorzeichen umgekehrt: ein wirtschaftlich modernisiertes, aber politisch rückständiges Land. Erst in der Übergangsphase zur parlamentarischen Demokratie wurde dieses Ungleichgewicht beseitigt.

Bernecker gelang es, eine geraffte Darstellung der – in Österreich weitgehend unbekannten – neueren spanischen Geschichte mit einer problemorientierten Strukturanalyse, welche die sozialwissenschaftliche Theoriebildung in die Historiographie integriert, zu verbinden.

Michael Mesch